

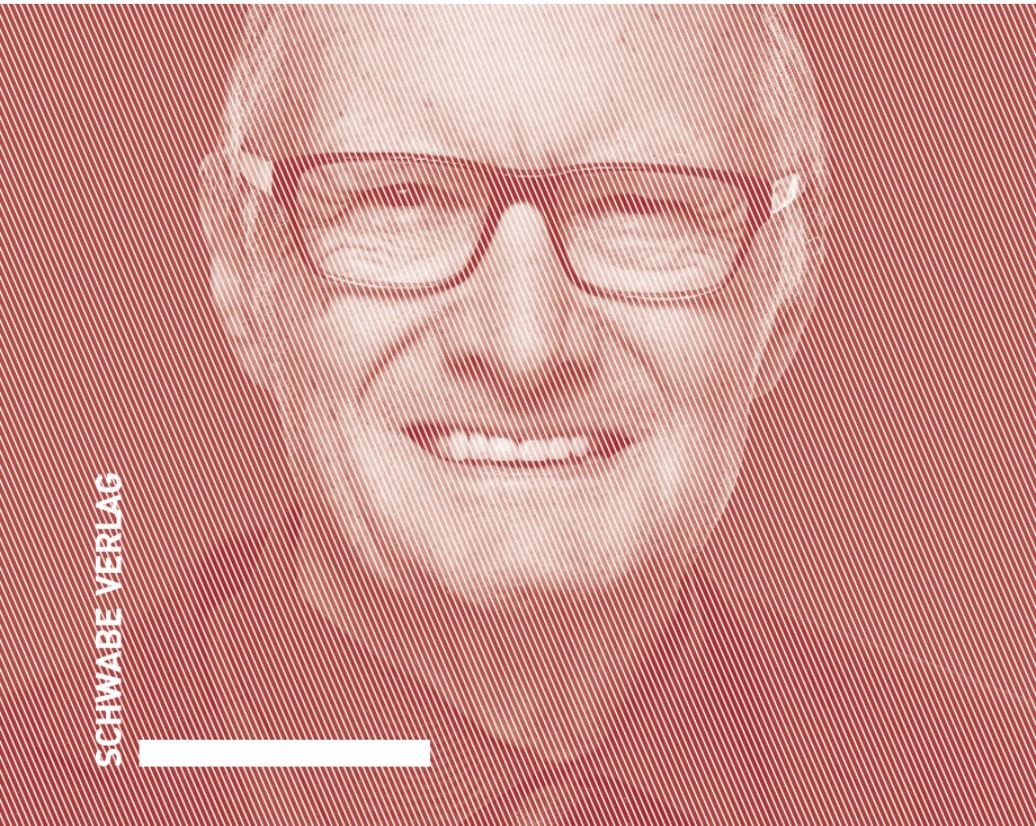
JÖRG PAUL MÜLLER

Dialog als Lebensnerv der Demokratie

Vom Athen des Sokrates
zur Politik der Gegenwart

REFLEXE

SCHWABE VERLAG





Schwabe reflexe

Band 69

Jörg Paul Müller

Dialog als Lebensnerv der Demokratie

**Vom Athen des Sokrates
zur Politik der Gegenwart**

Schwabe Verlag

Publiziert mit freundlicher Unterstützung der Ernst Göhner
Stiftung.

ERNST GÖHNER
STIFTUNG



MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C083411

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2021 Schwabe Verlag, Schwabe Verlagsgruppe AG, Basel, Schweiz
Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Das Werk einschliesslich seiner Teile darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in keiner Form reproduziert oder elektronisch verarbeitet, vervielfältigt, zugänglich gemacht oder verbreitet werden.
Umschlaggestaltung: icona basel gmbh, Basel
Layout: icona basel gmbh, Basel
Satz: 3w+p, Rimpär
Druck: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany
ISBN Printausgabe 978-3-7965-4315-9
ISBN eBook (PDF) 978-3-7965-4316-6
DOI 10.24894/978-3-7965-4316-6
Das eBook ist seitenidentisch mit der gedruckten Ausgabe und erlaubt Volltextsuche. Zudem sind Inhaltsverzeichnis und Überschriften verlinkt.

rights@schwabe.ch
www.schwabe.ch

Die Krise der Demokratie der Gegenwart	9
1. Das Problem des Populismus	9
2. Der nationale Rahmen der Demokratie und die transnationalen Probleme	12
3. Lehren für heute aus den Erfahrungen des antiken Griechenland?	14
4. Ein Aufflackern der antiken Demokratie im 21. Jahrhundert	15
Die attische Demokratie	17
1. Athens Stadtstaat	17
2. Die soziale Frage	20
3. Zum Losverfahren	21
4. Defizite und innere Bedrohungen der attischen Demokratie	22
5. Zum Freiheitsverständnis der Athener	25
6. Zur Spannung zwischen Unabhängigkeit und Tyrannis: Sophokles' «Antigone» (422 v. Chr.)	26

Sokrates	31
1. Lehren der Sophisten	31
2. Das Wirken des Sokrates	32
3. Sokrates als Demokrat und sein Widerstand gegen Unrecht und Willkür	39
4. Das sokratische Gespräch	42
5. Verurteilung und Tod	43
 Populistische Praxis in Athen und heute	 47
1. Formen medialer Macht in Athen und in der Gegenwart	47
2. Fehlender Dialog als Kennzeichen populistischer Praxis	48
3. Abwehr populistischer Herrschaft durch eine widerstandsfähige Bürgerschaft (Zivilgesellschaft) .	49
 Die Tradition des sokratischen Dialogs von der Antike bis zur Gegenwart	 53
1. Humanismus, Aufklärung, frühe Existenzphilosophie	53
2. Philosophie des 20. Jahrhunderts: Karl Jaspers, Hannah Arendt, Karl Popper, Leonhard Nelson ...	54
3. Diskurstheorie: Erneuerung des Dialog-Paradigmas im 20. Jahrhundert	57
 Dialog (Diskurs) in der heutigen Demokratie	 67
1. Dialogbereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern ..	67

2.	Dialog in und zwischen den Institutionen	69
3.	Besondere Bereiche dialogischer Praxis am Beispiel der Schweizer Demokratie	70

Der soziale Aspekt demokratischer

Kommunikation	75
--------------------------------	----

1.	Soziale Machtverteilung durch Ausgleich der Kommunikationschancen	75
2.	Der demokratische Weg von der Meinungs- und Interessenvielfalt zur staatlichen Entscheidung	77
3.	Sozialer Ausgleich als Chance erhöhter Akzeptanz der Rechtsordnung	79
4.	Gemeinwohl zwischen Ideal und Realität	80

Demokratiekompetenz durch politische Bildung . . .	83
---	----

1.	Demokratie als Kulturleistung	83
2.	Ein Seitenblick auf die Aufklärung: Immanuel Kant	84
3.	Politische Bildung in Schule und Ausbildung	85
4.	Das Beispiel Deutschland nach 1945	86
5.	Medienkompetenz	87

Zusammenfassung und Schlussbemerkungen	89
---	----

1.	Rückblick auf die attische Demokratie – Stärken und Defizite	89
2.	Die Versuchung des Populismus und die Gegenstrategie des Sokrates	91

3.	Einbezug der griechischen Erfahrungen in die heutige Demokratielehre	95
4.	Pluralismus der Meinungen und ihre deliberative Verarbeitung	96
5.	Dialogfähigkeit als zentrales Element demokratischen Lebens	98
	Anmerkungen	101
	Literaturhinweise	131

Die Krise der Demokratie der Gegenwart

1. Das Problem des Populismus

Demokratie hat sich in einem grossen Teil der Welt als ein Massstab guter politischer Ordnung durchgesetzt. Als demokratisch wird allgemein ein Staatswesen bezeichnet, das regelmässig allgemeine und (soweit möglich) faire Wahlen und meist auch Abstimmungen unter den anerkannten Bürgerinnen und Bürgern durchführt, wobei die numerische Mehrheit der Abstimmenden in der Regel als entscheidend angesehen wird.

In der Gegenwart ist bei vielen nach diesen Kriterien und nach ihrer Selbsteinschätzung demokratischen Ländern die Frage zu stellen, ob ihre politischen Prozesse wirklich demokratisch sind oder ob sich hinter der Fassade (formeller Demokratie) autoritäre Strukturen, intransparente Machtansammlungen und geschickte Manipulationen verbergen, die echte Mitbestimmung der Bevölkerung verhindern. Der populistische Politiker vermag durch Nutzung, Provokation oder Förderung politischer Stimmungen, Ängste und Verunsicherungen ohne differenzierte Meinungsbildung in der Bevölkerung Mehrheiten zu gewinnen, wenn er mit seiner Werbung eine emotionsgeladene Problemsituation trifft, wie die Sorge um den Verlust eigener nationaler Grösse und Identität oder einen allgemeinen Unmut über Migration, wachsende Kriminalität, Wut aufs «Establishment» oder die Last eines regulierenden Staates und seiner Steuern. Populisten nähren oder nutzen Abwehrhaltungen ge-

genüber Migranten und zugewanderten Flüchtlingen oder machen sich Verunsicherungen wegen der Globalisierung zunutze.

Oft prangern Populisten einen Gegensatz zwischen «Volk» und «Elite» an und nehmen dabei in Anspruch, auf der Seite des «einfachen Volkes» zu stehen.¹ Sie versuchen massiv, durch patriotische Appelle nationales Identitätsbewusstsein zu stärken, und werben gern mit kaum realitätsgerechten wirtschaftlichen Versprechungen. Sie vermögen nationale Egoisten auch mit aller Energie der Massenmedien zu mobilisieren, und wo ihre politische Macht formal – wenn auch nicht immer fair – durch Wahlen oder Abstimmungen legitimiert wird, berufen sie sich unkritisch auf ihren «demokratisch» erworbenen Status. Das Demokratiemanko liegt oft nicht so sehr in der numerischen Berechnung der Wahlgewinne, sondern vor allem in der Art und Weise, *wie* politische Macht beschafft und sodann ausgeübt wird. Der Kampf für Wahlen und Abstimmungen wird von starken finanzmächtigen Konzernen, Unternehmen und Interessengruppierungen oder Einzelnen, durch massiven Einsatz von PR-Experten, Lobbyisten, raffinierten Werbetechnologien und Medienmacht oder sogar durch gelenkte Strassendemonstrationen gesteuert, manipuliert und kontrolliert. Mit plakativen Sozialprogrammen und zugleich Versprechen auf Steuersenkungen oder durch eine forsche nationale Identitätspolitik werden Sicherheit und Wohlergehen versprochen. Die oft charismatischen Führer beanspruchen gern die allein richtige Interpretation eines souveränen Volkswillens; damit können rivalisierende Meinungen als undemokratisch, abweichende Sachverhaltsdarstellungen als «fake» abgetan werden. Typisch ist oft die Geringschätzung von (angeblichen) Eliten, die dem einfachen, wahren Volk gegenübergestellt werden.

Angesichts solcher Situationen wird infrage gestellt, ob unter heutigen wirtschaftlichen und technologischen Voraussetzungen und gegenwärtigen gesellschaftlichen Kommunikati-

onsbedingungen überhaupt Demokratie in einem substanziellen Sinn möglich sei, oder ob ökonomische oder technologische Zwänge und Machtansammlungen den Gedanken an eine wirkliche Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger illusorisch machen.

Starkes Echo hat die Charakterisierung der praktizierten Demokratie als Postdemokratie gefunden, deren Merkmal «der Verfall der politischen Kommunikation» sei.² Er zeige sich darin, dass anstelle vernünftiger Diskurse nur behauptet, überredet, manchmal auch verführt werde. Ein Grossteil der Bevölkerung würde eher passiv auf Meinungsumfragen reagieren als sich selbstständig (auch differenzierte) Meinungen zu bilden und in Stellungnahmen zu artikulieren; solche Umfragen würden zeigen, was die Leute denken, wenn sie nicht denken; beklagt wird die Tendenz der Mediennutzer, sich der medial herrschenden Einschätzung des Meinungsklimas anzuschliessen und sich an die gefühlte Mehrheitsmeinung oder die Realitätsdarstellungen der Massenkommunikation unkritisch anzulehnen. In den sozialen Netzwerken und anderen digitalen Kommunikationsmitteln könnten Einzelne oder kleine Gruppen ihre Botschaften intransparent für die weitere Öffentlichkeit und mit einer bisher unbekanntem Geschwindigkeit und Intensität verbreiten, was die Möglichkeit wirksamer Reaktionen (z. B. Gegendarstellungen) erschwere oder verunmögliche. In den selbstgewählten Echokammern der Netzwerke könnten bereits gefestigte Urteile und Vorurteile weitere Bestätigung finden. Dies verringere die Chance einer für die Demokratie unerlässlichen Auseinandersetzung mit anderen Meinungen oder anderen Wirklichkeitsinterpretationen.³ Politik werde in vielen Medien auf inszenierte Widersprüche, Sensation und Katastrophen reduziert, während die wirklichen Interessenzusammenhänge ausgeblendet bleiben. Typisch sei die Skandalisierung des Streits, der ja eigentlich eine alltägliche und unvermeidliche

Normalität darstelle. Unter den Bedingungen von big data würden auch Bürger und Konsumentinnen in ihrer Entscheidungsfreiheit behindert, indem sie einem konstruierten/künstlichen Profil ausgeliefert würden, das aus Mengen gesammelter personenbezogener Daten herausgefiltert werde.

Angesichts solcher inneren Schwächung demokratischer Entscheidungsprozesse stellt sich die Frage: Hat die Demokratie – als Organisationsprinzip des Nationalstaates – Zukunft? Steht sie in einer Krise oder ist sie am Ende? Wird sie von der Lenkungs-kapazität der oft durch blinden kapitalistischen oder nationalistischen Egoismus bestimmten globalen Akteure wie der staatlichen oder wirtschaftlichen Grossmächte zu einer letztlich unbedeutenden Veranstaltung, mehr Fassade als Substanz? Hoffnungen und Ängste begleiten die Frage heute.

2. Der nationale Rahmen der Demokratie und die transnationalen Probleme

Demokratie wird nicht nur vom Verfall demokratischer Prozesse im Innern bedroht, sondern ihre Wirksamkeit wird heute auch dadurch eingeschränkt, dass grosse politische Herausforderungen sich nicht mehr im nationalen Feld, in dem sich Demokratie entwickelt hat und Geltung beansprucht, bewältigen lassen. Transnationale oder globale politische Probleme wie Migration, weltweite Armutsbekämpfung, Klimawandel, Friedenssicherung, Rüstungsbegrenzung, Digitalisierung oder globale Wirtschaftsentwicklungen fordern internationale Lösungen durch zwischenstaatliche Verhandlungen und Vereinbarungen.⁴ Bei diesen ist eine unmittelbare Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern kaum gegeben, demokratische Legitimation erfolgt höchstens indirekt über die demokratische Wahl der nach Aussen zuständigen nationalen Organe oder durch Referen-